antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 99 April 2018

Aufschwung in Schleswig-Holstein
Ostermarsch 2018
Friedensbewegung mobilisiert neue Kräfte

Die Friedensbewegung hat in diesem Jahr deutlich mehr Menschen für eine Teilnahme an den Ostermärschen mobilisieren können als in den letzten Jahren. Mehrere Zehntausende gingen von Karfreitag bis Ostermontag auf die Straße. Die größten Demonstrationen und Kundgebungen gab es in Berlin, Frankfurt/ Main und Hamburg. „In diesem Jahr hat sich die Zahl der Teilnehmer gegenüber 2017 verdoppelt", meinte Dr. Markus Gunkel, Sprecher des Hamburger Forums. Auch in Schleswig-Holstein, wo Ostermärsche in Kiel, Lübeck, Flensburg, Jagel, Eutin und Wedel stattfanden, konnten neue Kräfte mobilisiert werden. Die Friedensnetzwerke setzten unterschiedliche Schwerpunkte. Überall waren Transparente mit Losungen zu sehen, auf denen stand: „Abrüsten statt aufrüsten", "Rüstungsexporte stoppen", „Schluss mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr". Alle Rednerinnen und Redner forderten von der Bundesregierung die Unterzeichnung des Atomwaffenverbots und warnten vor den Gefahren einer militärischen Konfrontation.

Auf der Kieler Abschlusskundgebung auf dem Asmus-Bremer-Platz sagte der Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke", Lorenz Gösta Beutin: „Wir brauchen den Druck der Straße, wir brauchen die Friedensbewegung, die Ostermärsche, brauchen den Druck für die Entspannungs- statt Eskalationspolitik auch gegenüber Russland." In Lübeck warnte Bernd Meimberg vom Lübecker Friedensforum: „Die Welt steht an einem gefährlichen Abgrund." Auch er wandte sich gegen Sanktionen gegen Russland, Syrien, den Iran und andere Länder. Bernd Meimberg :"Wir verlangen von der Bundesregierung endlich Friedenspolitik." Damit diese Forderung erfüllt werde, müsse die Friedensbewegung wieder stark werden."

Auf der Abschlusskundgebung in Lübeck warnte der Völkerrechtler Professor Norman Paech: „Der Frieden ist so zerbrechlich wie noch nie." Die Drohung eines großen Krieges sei nicht verschwunden. Es gebe zu viele unberechenbare Politiker wie Erdogan, Netanjahu oder Trump mit dem Kriegstreiber John Bolton als persönlichem Berater.

In Wedel bestimmten die blauen Friedenstauben das Stadtbild in der Innenstadt, als der Demonstrationszug durch die Bahnhofstraße zum Theater-

Fortsetzung S.2



Kommentar

Zu Militärschlägen und Propagandaschlachten

Alle imperialistischen Kriege werden mit Lügen vorbereitet. Das wissen wir aus der Geschichte. Zurzeit sind wir Zeugen einer brandgefährlichen Propagandaschlacht durch Medien unseres Landes. Vergessen scheint der Irakkrieg, der unter dem Vorwand begonnen wurde, Saddam Hussein verfüge über Atomwaffen und bereite Giftgasanschläge und müsse dringend ausgebremst werden. Außerdem arbeite der Diktator mit Al- Qaida zusammen. Als die von den USA und Großbritannien angeführte „Allianz der Willigen" unter Missachtung des Völkerrechts in den den Irak einmarschierte, wurden keine Massenvernichtungswaffen gefunden. Auch Saddams Zusammenarbeit mit Al Qaida war nicht nachzuweisen. Die Lügen stammten von den Geheimdiensten. Ergebnis des gewollten Krieges: Saddam Hussein wurde entmachtet und eine ganze Region bis zum heutigen Tage destabilisiert. Zigtausende Menschen wurden mittelbar und unmittelbar getötet.

Am 14. April 2018 gab es wieder einen völkerrechtswidrigen Militärangriff. Ziel war Syrien. US-Präsident Donald Trump, anfangs auch von den deutschen Medien als gefährlicher Irrer beschrieben, hatte ihn befohlen, weil er behauptete, Syrien habe Giftgas zur Bekämpfung feindlicher Rebellen angewendet Für einen Moment hielten Millionen Menschen in aller Welt den Atem an, immerhin ist Syrien mit Russland verbündet. Donald Trump begleitete die Militäraktion mit Drohungen an die Adresse Russlands. Zum Glück reagierte Putin besonnen. Er ließ seine Flugabwehrraketen im Depot . Russland machte, wie es in der Boxersprache heißt, einen Sidestep und ließ den Angreifer ins Leere laufen. Die Blamierten sind die USA, Großbritannien und Frankreich, die verantwortungsloser Weise offen mit dem Feuer spielten.

Wie gelogen und abgewiegelt wurde, konnten wir am 15. April, also einen Tag nach dem Raketenangriff auf Syrien verfolgen. Auf Seite 1 hieß es „:Das ist nicht der dritte Weltkrieg". Und weiter: „Mit über 100 Raketen bombardieren die USA, Frankreich und Großbritannien Schuppen und Labore des Giftgas-Mörders Assad. Es gibt drei Verletzte. Russland war informiert und empört sich pflichtschuldig." Auf Seite 2 berichtet dieselbe Zeitung von einer Pressekonferenz im Pentagon, die US-Verteidigungsminister James Mattis in der Nacht in Washington abgehalten hatte. Da zitiert die „WAMS" den US-Generalstabschef Jospeh Dunford, die USA hätten die russische Armee vorher nicht über die bevorstehenden Schläge gegen Syrien informiert. Die Ziele seien jedoch „bewusst ausgewählt worden, um die Gefahr der Involvierung der Russen zu minimieren." Die Redaktion der Springer-Zeitung wusste es jedoch besser als der US-Generalstabschef, daher der Zynismus, Russland hätte sich „pflichtschuldig" empört. Es war nicht das „Verdienst" der Aggressoren, dass es bisher nicht zu einer militärischen Antwort Russlands gekommen ist.

Erst nach dem Raketenangriff gegen die Syrisch- Arabische Republik machten sich internationale „Experten" auf den Weg in die Stadt Duma, in der Giftgasgranaten eingesetzt worden seien, um Beweise für die Behauptung zu sammeln, Assad verwende Giftgas „gegen die eigene Bevölkerung." Also: erst schießen, dann aufklären." So wird mit dem Völkerrecht umgegangen.

Die „Hamburger Morgenpost" fragte immerhin am 16. April: „US- Raketen auf Damaskus – und was nun?" Jetzt habe die Diplomatie das Wort, sagte der Bundesaußenminister Heiko Maas, der vorher den Angriff der drei Großmächte ebenso wie die Bundeskanzlerin für richtig und angemessen gehalten hatte. Die in Syrien involvierten Kontrahenten müssten wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren. Maas und Merkel haben sich als „Vermittler" disqualifiziert. Inzwischen wird an der Eskalationsschraube weiter gedreht. Diesmal ist es die Behauptung, die Russen bereiteten Hackerangriffe und einen „Cyberkrieg" vor. Die Mehrheit der bundesdeutschen Medien springt gern auf diesen Zug auf. Ihnen scheint es auch egal zu sein, dass sie den weitaus größten Teil des deutschen Volkes gegen sich haben. In einer Blitzumfrage des ZDF stimmten 80 Prozent mit „Nein", als sie gefragt wurden, ob sie eine Militäraktion gegen Syrien befürworteten. Immerhin ist ein solches Umfrageergebnis angesichts von unverschämten Lügen und hasserfüllter Volksverhetzung nicht unbedingt zu erwarten. Das macht Mut, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen - in Wort und Tat.

Günther Wilke

Fortsetzung von S.1

schiff „Batavia" zog, wo traditionell am Ostersonnabend ein buntes Friedensfest mit Diskussion und Musik stattfindet.

Am Tornado- Standort Jagel werden die Friedensaktionen auch nach dem Ostermarsch mit Mahnwachen, Blockaden, Friedensläufen, Demonstrationen und Kundgebungen fortgesetzt. Dr. Ralf Cüppers von der DFG/VK : „Frieden ist zu wichtig, um nur einmal zu Ostern die Friedensfahne zu zeigen."



Karikatur: Harm Bengen

AfD – nun auch in Rathäusern und Kreistagen?

Am 6. Mai können die Wählerinnen und Wähler das verhindern.

Es gibt wahrlich viele gute Gründe, die Kommunalparlamente von AfD-Abgeordneten frei zu halten. In den Kommunen ist gelebte Demokratie möglich, kann die Teilhabe aller vor Ort lebenden Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben entwickelt werden.

Wie soll das gehen, wenn völkische Nationalisten und Rassisten politische Verantwortung für die kommunale Selbstverwaltung tragen? Sicher, viele AfD-Mitglieder in Schleswig-Holstein behaupten von sich, sie seien keine Rassisten. In manchen Fällen kann man das wohl auch glauben. Nur, wer Mitglied der AfD ist, fühlt sich offensichtlich in einer Partei wohl, in der Ausländerfeinde und völkische Nationalisten den Ton angeben und in der rassistische Äußerungen von führenden Vertretern in immer kürzeren Abständen in der Öffentlichkeit wirkungsvoll platziert werden. Die AfD tritt für die Abschaffung von Grundrechten aus dem Grundgesetz ein und sie spaltet mit ihren volksverhetzenden Auftritten die Gesellschaft. Sie ist eine Gefahr für die Demokratie:

In den Städten und Gemeinden werden wichtige Weichen gestellt für den Ausbau von Bildungs- und Kulturangeboten, für ausreichend Kita-Plätzen und vielfältige Möglichen sportlicher Betätigung und Freizeitgestaltung. Um den Zugang zu den Bildungs-, Kultur und Freizeitangeboten für alle Einwohnerinnen und Einwohner offen zu halten, muss dieser Zugang möglichst kostenfrei sein.

Die sozialpolitischen Forderungen der AfD dagegen sind dem-agogisch und zielen auf eine weitere Spaltung der Gesellschaft. Geschickt werden zu diesem Zweck unterschiedliche sozial abgehängte Gruppen gegeneinander ausgespielt. In ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die AfD eine neoliberale, marktradikale Partei. Sie ist für die Abschaffung der Erbschaftssteuer, für eine niedrige Besteuerung der Reichen und lehnt einen gesetzlichen Mindestlohn ab. Die AfD fordert die Beibehaltung und Verschärfung der Hartz IV Sanktionen und will auch die noch verbliebenen öffentlichen Krankenhäuser privatisieren. Die AfD ist gegen beitragsfreie Kitas und gegen eine wirkungsvolle Mietpreisbremse.

Sie will die Hartz IV Sanktionen beibehalten oder verschärfen und die noch verbliebenen öffentlichen Krankenhäuser weiter privatisieren. Mit der Forderung der ersatz-losen Abschaffung der Ge-werbesteuer, sägt die AfD an einer wichtigen Säule der Kom-munalfinanzierung.



Karikatur: Klaus Stuttmann

In ihrer Bildungspolitik wendet sich die AfD gegen alle modernen Formen eines längeren modernen Lernens. Sie will zurück zu einem starren gegliedertem Schulsystem, mit der Folge einer weiteren Verschärfung des Auslesedrucks. Die Anhebung der sozialen Schranken auf dem Bildungsweg wird dabei nicht nur in Kauf genommen, sie ist politisch beabsichtigt.

Auf kommunalpolitischer Ebene werden wichtige Weichen für den Umwelt- und den Klimaschutz gestellt. Eine Partei, die den Klimawandel leugnet und die bestehenden Atomkraftwerke weiter laufen lassen will, ist eine Gefahr für die Umwelt.

In den Städten und Gemeinden werden die Voraussetzungen für Inklusion und Barrierefreiheit geschaffen, damit Menschen mit Behinderung im vollen Maße am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Was ist von Politikern einer Partei zu erwarten, deren Bundestagsfraktion in einer kleinen Anfrage einen kausalen Zusammenhang zwischen Behinderung, Inzest und Migration herstellt. In einer Anzeige der Sozialverbände wird die Bevölkerung aufgerufen, „wachsam zu sein und sich entschlossen gegen diese unerträgliche Menschen- und Lebensfeindlichkeit zu stellen." Die bevorstehenden Wahlen sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger Termin.

Eine Partei, die sich in einer solchen Weise in die Tradition der NS-Ideologie stellt, ist nicht nur keine Alternative, sie ist für Demokraten nicht wählbar.

Jürgen Brüggemann

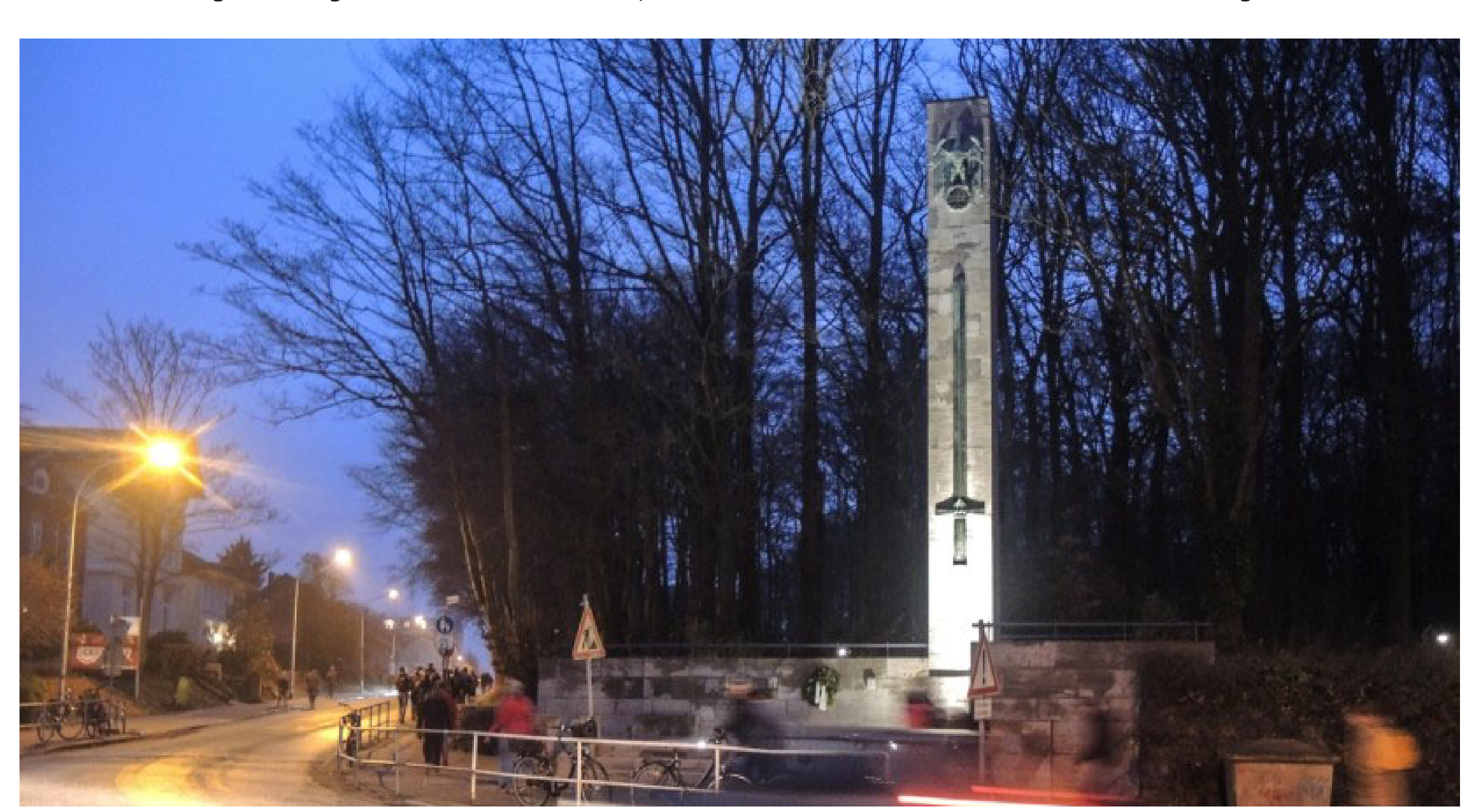
Fotos

U. Stephan	1
V. Hutfils	1
L. Meimberg	1
Landeskirche Hannover	1

Kriegerdenkmal in Pinneberg ist ein Stein des Anstoßes

Friedensbündnis : Kein Licht für Kriegsverherrlichung

Seit Monaten tobt in Pinneberg ein Streit um das Kriegerdenkmal am Bahnhof. Während die CDU- Fraktion in der Ratsversammlung das 1934 von den Nazis errichtete „Ehrenmal" nicht nur erhalten und für 58.000 Euro restaurieren sondern sogar beleuchten will, hat sich unter dem Motto „Mahnmal statt Kriegerdenkmal" eine Friedensinitiative gebildet, die von der Stadt einen Umbau des Symbols der Kriegsverherrlichung verlangt. Diese Forderung wurde am 30. Januar mit einer Aufsehen erregenden Verhüllungsaktion unterstrichen. 80 Personen hielten eine Kundgebung ab, auf der Propst Thomas Drope, der Landtagsabgeordnete Kai Vogel (SPD) sowie der gebürtige Pinneberger Gewerkschafter Heinz Stehr das Wort ergriffen. Zur Initiative gehören der Deutsche Gewerkschaftsbund, die jüdische Gemeinden, Kirchen, Ratsfraktionen der Grünen und der Unabhängigen sowie Einzelpersonen aus der Friedens- und Antifa-Bewegung.
Das Denkmal trägt die Krieg verherrlichende Inschrift „In unwandelbarer Treue zum Vaterland in der Hoffnung auf einen Sieg ließen (im 1. Weltkrieg, d.Red.) 312 Helden dieser Stadt ihr teures Leben auf dem Felde der Ehre."
Der Grundstein des Denkmals wurde am 20. April 1934 gelegt, also am 45. Geburtstag von Adolf Hitler. Bei der Einweihung des Denkmals am 1. Juli 1934 beendete der damalige NSDAP- Bürgermeister Backhaus seine Ansprache mit einem Sieg- Heil- Gruß. Nach 1945 wurde lediglich das Hakenkreuz aus den Klauen des Adlers entfernt und durch ein „Eisernes Kreuz" ersetzt, berichtet die Initiative „Mahnmal statt Kriegerdenkmal" in einer Pressemitteilung. Inmitten der Anlage wurde eine Säule mit einem riesigen Schwert aufgestellt, das von der Pinneberger CDU jüngst als Symbol für göttliche Gerechtigkeit gedeutet wurde.
Gegen diese Deutung wandte sich Propst Drope auf der Protestkundgebung, in dem er sagte: „Dieses Schwert hat nichts mit einer höheren Gerechtigkeit zu tun, wie jemand kürzlich behauptete. Um das festzustellen, braucht man nicht einmal ein Theologe zu sein."
Der Pinneberger Heinz Stehr nannte das Kriegerdenkmal ein „Schandmal" und bezeichnete es als Provokation für alle friedliebenden Menschen der Stadt. Er forderte die Schleifung des Obelisken und die Umgestaltung des Standortes zu einem Platz der Mahnung, der Erinnerung an die Opfer von Krieg und Faschismus und als Aufforderung an die Menschen, für Frieden, Solidarität und Toleranz einzutreten. Die bronzenen Teile, das Schwert, das Eisrne Kreuz und der Adler sollten eingeschmolzen werden. Der Obelisk könne geschliffen und seine Steinsubstanz könne für einen Kindergarten- Neubau verwendet werden.
Mittlerweile habe der Protest gegen Kriegverherrlichung Wirkung gezeigt, stellte die Initiative „Spurensuche" fest. Die Stadt Pinneberg habe zugesagt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen
Am 8. Mai trifft sich um 18 Uhr die Arbeitsgruppe im Pinneberger Rathaus zu einer Anhörung von Sachverständigen, um die historische Einordnung des Denkmals" zu diskutieren. Die Sitzung ist öffentlich. Wi.



Initiative „Blumen für Gudendorf"
warnt vor Russenphobie

Wie in jedem Jahr um den 8. Mai, um dem Tag der Befreiung herum, lädt die Initiative „Blumen für Gudendorf" zur Mahn- und Gedenkveranstaltung für die sowjetischen Kriegsgefangenen ein, die in den Dünen von Gudendorf (Dithmarschen) in Massengräbern verscharrt wurden. In diesem Jahr fand das Gedenken am 5. Mai statt.

In einem Aufruf zur Teilnahme an der Mahn- und Gedenkveranstaltung warnt die Initiative aus aktuellem Anlass vor dem weiterem Anheizen der Russenphobie und mahnt zum friedlichen Miteinander mit unseren russischen Nachbarn. Wir zitieren aus dem Aufruf der Initiative , der mit dem Appell überschrieben wurde: „Jetzt erst recht am 5. Mai nach Gudendorf "

Um Aufruf heißt es weiter: "Die Neuentfachung des Kalten Krieges birgt große Gefahren., denn noch nie seit 1945 toben so viele kriegerische Auseinandersetzungen in der Welt wie heute. Es wächst die Gefahr eines Atomkriegs. US-Präsident Trump kündigte öffentlich die Modernisierung seines Atomwaffenpotentials an. Kleinere Atombomben sollen einen Atomkrieg „führbar" machen. Deutschland weigert sich zugleich, den Atomwaffenverbotsantrag zu unterzeichnen. Der Verdacht lässt sich nicht abweisen: Der Russland zugeschriebene Giftanschlag in Großbritannien gegen einen ehemaligen russischen Doppelagenten im britischen Salisbury dient einzig dem Zweck, die Spannungen zwischen Ost und West anzuheizen und gutnachbarliche Beziehungen zu Russland zu verhindern. Dabei sind die Wunden, die der Zweite Weltkrieg schlug, noch nicht vernarbt… Deutschland hat vor der Geschichte eine bleibende Verantwortung, für dauerhafte und friedliche Beziehungen zu Russland zu sorgen. Der deutsche Faschismus hat 27 Millionen Menschen aus den Ländern der damaligen Sowjetunion das Leben gekostet. Das darf nicht vergessen werden, ebenso wenig wie die Ausrottung jüdischer Menschen in Auschwitz und in anderen Vernichtungslagern vergessen werden kann. Unverständlich ist, dass sich deutsche Politiker immer noch scheuen, die historische Schuld anzuerkennen und stattdessen die militärische Aufrüstung in der Ukraine und den baltischen Ländern voran treiben."

Die Initiative sei dankbar, so heißt es in dem Aufruf, dass an den Mahn- und Gedenkveranstaltungen in Gudendorf offizielle Gäste aus Russland, Weißrussland und anderen Ländern teilnehmen und mit uns der Opfer des Faschismus gedenken."

Wi.



Ostermarsch 2018 Lübeck

Ostermarsch 2018 in Schleswig/Jagel

Wenn das Urteil fällt...
Vorbereitung auf den Tag X im NSU-Prozess

In Vorbereitungen auf den Tag X, an dem das Urteil im NSU-Prozess verkündet wird, fordern türkische und deutsche Antifaschisten zu Protesten auf.
In dem Aufruf heißt es: "Vor knapp fünf Jahren begann der Prozess gegen Beate Zschäpe, Andre Eminger, Holger Gerlach, Ralf Wohlleben und Carsten Sch. Im Frühjahr 2018 wird dieser Prozess nach etwa 400 Verhandlungstagen voraussichtlich zu Ende gehen, ohne dass der NSU-Komplex zufriedenstellend aufgeklärt worden wäre.
Weil wir uns sicher sind, dass es sich bei dem NSU nicht um eine isolierte Zelle von drei Personen, sondern um ein weitreichendes Netzwerk handelt, weil wir uns sicher sind, dass die rassistischen Ressentiments innerhalb der Ermittlungsbehörden eine frühzeitigere Aufklärung der Morde nicht nur verhinderten, sondern auch die Angehörigen der Betroffenen zu TäterInnen erklären wollten,weil wir uns sicher sind, dass mit dem Urteilsspruch im NSU-Prozess der rechte Terror nicht aufhört zu existieren, …weigern wir uns, einen Schlussstrich zu ziehen!
Unter dem Motto "kein Schlussstrich" wird in vielen deutschen Städten zum NSU-Komplex gearbeitet und für den ersten Tag der Urteilsverkündung (dem Tag X) auf die Straße gehen Proteste vorbereitet. In Kiel hat sich ebenfalls ein kleiner Vorbereitungskreis gegründet.
Wir wollen am Tag X auf die Straße gehen um jener zu gedenken, die vom NSU ermordet worden sind. Am Samstag nach der Urteilverkündung wird es darüber hinaus eine große norddeutsche Demonstration in Hamburg geben, zu der wir ebenfalls mobilisieren wollen VVN-BdA Schleswig-Holstein


Tschäpes Verteidiger: Sturm, Stahl, Heer

Walter Hähnel mit 104 Jahren verstorben
Er war das ältestes Mitglied der VVN-BdA

Die VVN- BdA Schleswig- Holstein trauert um ihr ältestes Mitglied: Im Alter von 104 Jahren verstarb am 18. Januar 2018 in Lübeck unser Kamerad Walter Hähnel. Walter war beruflich als Präparator am Geologischen Institut der Universität Hamburg, der Universität Bengasi (Libyen) und der Universität von Monterry (Mexiko) und als politisch denkender und handelnder Mensch eine anerkannte Persönlichkeit.
Lore, Bernd und Jean-Paul , die ihn in der letzten Zeit so oft wie möglich besuchten, widmen ihm einen Nachruf, in dem es heißt: „Am Samstag vor seinem Tod war Bernd noch bei ihm und hatte ein längeres politisches Gespräch, besonders über Aufrüstung und Kriege, in denen Deutschland verwickelt ist. Walter las bis zum Schluss die Hefte der IMI (Informationsstelle Militarisierung e.V.), obwohl die kleine Schrift ihm Probleme bereitete.
Es schien ihm auch besser zu gehen, und wir verabredeten uns für die nächste Woche. Am Freitag war noch jemand von der AWO aus Kiel bei ihm, um ein Interview für eine Broschüre mit Porträts von Menschen über 100 Jahre aufzunehmen.
Walter hatte ein erfülltes Leben mit vielen Auf und Ab. Er war immer ein politischer Mensch und hat als solcher, soweit es ihm möglich war, Widerstand gegen den Faschismus geleistet, was ihm auch Gefängnis einbrachte.
Die VVN-BdA hat er stets aktiv unterstützt, sei es bei Infoständen, bei Veranstaltungen, auf denen er oft interessante Redebeiträge leistete, und auch finanziell. Über die Zeit wurde er ein guter Kamerad und Freund, an den wir oft denken werden. Die VVN-BdA trauert um Walter Hähnel. Lore, Bernd und Jean-Paul Walter haben verfügt, dass sein Leichnam der Uni-Klinik Lübeck zu Forschungszwecken übergeben wird. Daher findet keine Beerdigung statt. Die Tochter möchte im Sommer eine Trauerfeier in Lübeck organisieren.



Pastor i. R. Harald Richter im Alter von 90 Jahren verstorben

Er war ein Mahner gegen Faschismus und Krieg


Pastor Harald Richter und seine Tochter

Die antifaschistische und Friedensbewegung Schleswig-Holsteins trauert um Pastor i.R. Harald Richter, der am 30. Januar im Alter von 90 Jahren verstorben ist. Harald Richter war ein mutiger und engagierter Mann. Mehr als 50 Jahre stand er mit in vorderer Reihe, wenn es um darum ging, Bündnisse für Frieden und Abrüstung ins Leben zu rufen und Widerstand gegen Neofaschismus zu organisieren. Besondere Verdienste erwarb er sich um die KZ- Gedenkstätte Ladelund und um die Freundschaft mit der niederländischen Gemeinde Putten. Im Außenlager des KZ Neuengamme hatten die Hitlerfaschisten in der Zeit zwischen dem 1. November und dem 16. Dezember 1944 mehr als 300 Männer aus Putten ermordet. Für sie schuf Harald Richter in Ladelund eine würdige Gedenkstätte. „Ohne ihn würde es unsere Gedenkstätte in der heutigen Form nicht geben", heißt es in einem Nachruf des Leiters der KZ- Gedenk- und Begegnungsstätte, Reimo Alsen.

Weder durch Drohungen der politischen Rechten noch von Diffamierungen des Verfassungsschutzes ließ sich Harald Richter einschüchtern.

Bis zuletzt verfolgte er unbeirrbar seinen Weg. Er war Redner an den Massengräbern für ermordete sowjetische Kriegsgefangene in Gudendorf (Dithmarschen) und sprach noch im Jahre 2016 auf dem Ostermarsch in Bad Bramstedt. Im vergangenen Jahr erschien aus seiner Feder ein Buch, in dem er sich mit der unrühmlichen Geschichte der Kirche in der Zeit des Hitlerfaschismus auseinandersetzte. Wi.

Gedenktafeln erinnern an den Todesmarsch

Am 23. April ist in der Schützenstraße in Kaltenkirchen eine weitere Gedenktafel an den Todesmarsch von KZ- Häftlingen von Hamburg- Fuhlsbüttel nach Kiel - Hassee enthüllt worden. Der Todesmarsch fand vor 73 Jahren statt und ging über die Landstraßen Schleswig- Holsteins zum sogenannten Arbeitserziehungslager Nordmark. 800 KZ - Häftlinge wurden von der SS von einem Ort des Grauens zum anderen getrieben. Opfer waren Zwangsarbeiter, Menschen mit jüdischen Wurzeln, politische Häftlinge und andere. Viele von ihnen fanden auf dem Marsch den Tod durch Krankheit, und totale Erschöpfung oder wurden von SS- Aufsehern erschossen.

Gedenktafeln waren zuvor schon in Bad Bramstedt, Neumünster- Einfeld und Neumünster-Wittorfer Feld aufgestellt worden. Die Initiative ging vom Schleswig- Holsteinischen Heimatbund aus. Parallel zur Aufstellung von Gedenktafeln bemüht sich eine Biografiearbeitsgruppe darum, die Namen der getöteten Häftlinge zu ermitteln und deren Lebensschicksale nachzuzeichnen. Sie stellt Kontakte zu Überlebenden und deren Nachkommen her.

Aus Anlass des Gedenkens an die Opfer des Todesmarsches lud der Heimatbund Familienmitglieder der Opfer ein, so den Sohn des in Schweden geborenen Marschteilnehmers Leonhard Zimmak und die Angehörigen des jüdischen Häftlings George Nathan. Die Familie Nathan lebte einst in der Stadt Emmerich in Nordrhein-Westfalen. Mehreren Familienmitgliedern gelang die Flucht in die USA. Vor der Weiterreise nach Emmerich wurden die Nachkommen von George Nathan von Ministerpräsident Daniel Günther nach Kiel eingeladen.

Antifa

Nachruf Edgar Wolff

Die Kreisvereinigung Pinneberg trauert um ihren Kameraden Edgar Wolff aus Kollmar, der am 28. März im Alter von 85 Jahren verstorben ist. Edgar erklärte nach einer Kreismitgliederversammlung in Elmshorn, die er mit seiner Frau, unserer Kameradin Heide, besuchte, spontan seinen Eintritt in die VVN – BdA. Seither gab es kaum eine Versammlung oder Aktion unserer Organisation, an der nicht beide gemeinsam teilnahmen.

Auf Edgars Wunsch findet im engen Kreis eine Seebestattung auf der Nordsee statt.

Eine Trauerfeier soll zu einem späteren Zeitpunkt in Elmshorn erfolgen.

Unser Mitgefühlt gilt seiner lieben Heide und ihrer Familie.

VVN- BdA Kreis Pinneberg

Jens Wilke, Kreisvorsitzender

Termine

1.Mai 11 Uhr **Lübeck**
Infostand hinter dem DGB-Haus

3.Mai 10 Uhr **Neustadt/ Pelzerhaken**
Internationale Gedenkveranstaltung zum 73.Jahrestag der Bombardierung der KZ-Häftlingsschiffe in der Neustädter Bucht.

5.Mai 14 Uhr Mahnmal in **Gudendorf**
Hauptredner auf der Veranstaltung der Initiative „Blumen für Gudendorf": Dr. Jürgen Brüggemann

12. Mai 13 Uhr **Elmshorn**
Antifaschistischer Stadtrundgang „Täter und Widerstand"
Treff ZOB Ecke Norderstraße

16.Mai 11 Uhr **Kiel**,
Mahnmal im Hiroshimapark
Gedenken an die Deportationen Deutscher Sinti und Roma 1940

Kontakt

Schleswig-Holstein	Dr. Jürgen Brüggemann Kaltenweide 77 25335 Elmshorn sh@vvn-bda.de
Kiel	Christel Pieper Lindenstr.9 24118 Kiel vvn-bda-Kiel@gmx.de
Flensburg	Ludwig Hecker Schulz-Delitzsch-Str.44 24943 Flensburg vvn-bda-flensburg @versanet.de
Neumünster	Dr. Heiner Wadle Looper Weg 25 24536 Neumünster
Pinneberg	Jens Wilke Friedrich-Eggers-Str 124 22880 Wedel
Wedel	Marlen Goischke Trischenstr. 5 22880 Wedel m.goischke@web.de
Barmstedt	Dr. Günther Thiel Meßhorn 38 25355 Barmstedt
Rendsburg/ Eckernförde	Matthias Behring Hufeisenweg 24 24354 Rieseby wgr-rieseby@t-online.de
Elmshorn	Wittigo Stubbe Stubbenhuk 14 25335 Elmshorn
Itzehoe	Volker Blaschke Stormstr. 13 25524 Itzehoe v.blaschke@web.de
Lauenburg/ Lübeck	Lore Meimberg Dorfstr.16 23898 Sierksfelde lobemeimberg@t-online.de
Ostholstein	Rainer Buttkus Heischweg 17 24321 Lütjenburg

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de
Neofakommission Küste:
www.kueste.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke, Wedel

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

☐ Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA.
Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.

Name:

Adresse:

☐ Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA
mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von __________Euro*

☐ Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung.

☐ Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Bitte einsenden an: VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein
Lindenstr. 9, 24118 Kiel
Tel. H. Büchsel, 04351 - 6660805
Fax. M. Wilke, 04103 - 180200
E-Mail. vvn-bda-sh@t-online.de

☐ *Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V.
VR BankFlensburg-Schleswig e.G.
IBAN: DE11 2166 1719 0004 3329 70
BIC: GENODEF1RSL

